

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Verlags-Preis: Vierteljährlich 1,80 Mark, bei Vorzahlung durch die Posten 2.— Mark.
Im Falle höherer Steuern (Steuerabzug, sonst. Zuschläge) wird der Preis durch den Verleger vorbehalten. Der Preis für den Abnehmer ist der Preis für den Abnehmer. Der Preis für den Abnehmer ist der Preis für den Abnehmer.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigen-Preis: Die Anzeigenspalten sind über dem Raum mit 25 Pf., auf der ersten Seite mit 50 Pf. berechnet.
Anzeigen werden an den Anzeigenspalten bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingegeben.
Jeder Anzeiger auf Nachzahlung, wenn der Anzeiger-Beleg dem Anzeiger eingegeben werden soll, muss durch den Anzeiger in Rechnung gestellt werden.

Verlags-Anstalt: Amt-Hermudorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Käthe, Groß-Okrilla

Nummer 142

Freitag, den 5. Dezember 1919

18. Jahrgang.

Neuestes vom Tage.

In der von Clemenceau unterzeichneten Antwortnote, die dem deutschen Vertreter in Paris am 2. Dezember zugestellt worden ist, wird derselbe Faden von früher fortgesponnen. Eine unabweisliche, bei den Verhandlungen über die deutschen Kohlenlieferungen gegebene Zusage der Genesung der deutschen Gefangenen wird nachträglich in eine „humanitäre Erklärung aller Verbündeten“ verdrängt und weiter wird, wenn das auch mit einigen Präzisen verschleiern wird, so zugesagt, dass man die deutschen Kriegsgefangenen als Faustpfand und als Geiseln für die Innehaltung des Versailler Vertrages und für die Auslieferung der sogenannten „Schuldigen“ in der Hand behalten will. Aus dem Schlusse der Note ergibt sich, dass Deutschland mit Erfüllung der Vertragsbedingungen — nicht etwa seine Gefangenen zurückhalten soll — sondern, wenn das „Unrecht“ wieder gut gemacht hat und die „Verbrechen“ der Strafe verurteilt hat, dann vielleicht wieder in die Gemeinschaft der Völker aufgenommen werden und „Verzeihung“ finden soll. Es ist also eine gemeine Exzessivpolitik, zu der sich Herr Clemenceau in dieser neuen Note bekennt. Das Verfahren aber ist das gleiche wie früher. Die Hoffnung auf Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus der französischen Hölle wird wie eine Waise einem Hiesigen voran an die Deckel gebunden und unsere grausamen Peiniger wollen vor Schaden fast verzeihen, wenn sie nunmehr sehen, wie sich das gequälte Wesen vergeblich abmüht, diesen Kader zu erreichen.

Der Reichstag hat am Sonnabend, wenn auch mit schwerem Drzen, den neuen vom Reichsfinanzminister Erzberger vorgelegten Steuerentwürfen über den Kapitalertrag das Reichseinkommen und die Landessteuern seine Zustimmung erteilt. Nunmehr ist das erste Gesetz über die Landessteuern der Nationalversammlung unterbreitet worden. Wer sich bisher noch mit der Hoffnung trug, daß es gelingen könnte, die Reichsfinanzverwaltung ohne tiefe Eingriffe in die Steuerhoheit der Länder und Gemeinden zu sanieren, der sieht sich enttäuscht. Das Reich zieht die wichtigsten Steuern, die bisher den Ländern und Gemeinden zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse dienten, an sich. Wir stehen vor einer völligen Umgestaltung der finanziellen Verhältnisse zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden. Die Vorlage über die Landessteuern weist dem Reich die führende Rolle zu und läßt den Ländern und Gemeinden nur einen verhältnismäßig geringen Spielraum für eine eigene Betätigung. Von dieser Einschränkung werden nicht bloß die Länder, sondern vielleicht noch in höherem Maße die Gemeinden betroffen. Vor allem wird die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder und Gemeinden ausgeschlossen, wenn nicht reichsgegemäß ein anderes vorgezeichnet ist. Das gilt besonders von den durch die Reichseinkommensteuer und die Kapitalertragssteuer erstellten Vermögens- (Ergänzungs-) Steuern. Der Versuch der badischen Regierung, die den Ländern und Gemeinden das Recht zu erkennen wollte, Zuschläge zu dem Einkommensteuertarif zu erheben, ist bekanntlich vom Reichstag abgelehnt worden. Die Erhebung von Zuschlägen zu Reichsteuern in den Ländern und Gemeinden nur auf Grund reichsgezügelter Genehmigung gestattet. Auch soweit Landes- und Gemeindesteuern die Steuereinnahmen des Reiches zu schädigen geeignet sind, sollen sie nicht weiter erhoben werden, wenn überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Ebenso müssen steuerliche Bestimmungen der Länder und Gemeinden aufgehoben oder derart abgeändert werden, daß ein Widerspruch mit den Reichsgesetzen und den Interessen der Reichsfinanzen nicht mehr besteht. Bei neuen Steuer-Verordnungen von Gemeinden kann die Reichsbehörde binnen einem Monat Einspruch erheben, wenn die Ordnungen mit dem Reichsrecht nicht vereinbar sind. Im ganzen bedeutet dieser Gesetzentwurf einen außerordentlich starken Eingriff in die bisherige Steuerhoheit der Länder und Gemeinden. Auch wer an sich der Meinung ist, daß die Steuerhoheit des Reiches gegenüber den früheren Zuständen ganz wesentlich vergrößert werden muß, der wird sich doch die Frage vorlegen, ob es unter den hier vorgeschlagenen Einschränkungen den Ländern und Gemeinden künftig noch möglich sein wird, ihre wirtschaftlichen und noch mehr ihre kulturellen Aufgaben in dem notwendigen Maße zu erfüllen. Ganz besonders verdient erwähnt zu werden, daß mit dieser steuerlichen Entziehung auch die Vertretungen der Länder und der Gemeinden ganz erheblich an Einfluß und Bedeutung verlieren müssen.

Die für die Sozialdemokratie und für die heutige Regierung so unerfreuliche Affäre Sklarz geht weiter und verursacht immer neuen Staub. In den Anklagen der Sozialdemokratie bzw. der in die Affäre verwickelten Verantwortlichen gefestigt sich auch der sozialdemokratische Schriftsteller Baumeister, der der Presse Material zum Falle Sklarz in außerordentlich reichem Maße übergibt. Darnach ist festzustellen, daß die „Vorwärts“-Redaktion, die Sklarz und Genossen, die Scheidemänner usw. aus der Affäre herauszubauen sucht, schon seit Wochen vieles aus dem Material in Sachen Sklarz kennt, ohne daß der Versuch unternommen worden wäre, reinen Tisch zu machen. Am 28. November suchte der „Vorwärts“ nachzuweisen, daß die Sklarz'schen Geschäfte hauptsächlich das alte System belägen. Der Sozialdemokrat Baumeister stellt mit Recht die Frage: „Hat denn bloß Sklarz Aufträge des alten Systems ausgeführt oder haben das auch andere Genossen getan?“ Baumeister weist ferner darauf hin, daß Nooke schon im Januar Scheidemann und andere späterhin im März eindringlich von Sklarz gewarnt hatte. Um so interessanter ist es, daß Sklarz dennoch für eine Anzahl Leute des neuen Regimes der vermittelnde Geschäftsmann verblieb.

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 4. Dezember 1919.

Viele Eltern sind oft im Zweifel, was sie ihren Kindern zu Weihnachten schenken sollen. Eines der passendsten Weihnachtsgeschenke ist und bleibt ein gutes Buch. Es ist der beste Freund unserer Kinder, denn es unterhält und belehrt und veredelt dadurch ihre Seele. Was kann die langen Winterabende besser ausfüllen, als die Beschäftigung mit guten Büchern! Wags dann auch draußen stürmen und schneien, sie lassen unsere Kinder eine neue Welt erschließen, eine Welt des Geistes. — Vielen Eltern aber fällt die Auswahl schwer. Sie greifen zu Schund, vergeuden so ihr Geld und vergiften ihren Kindern Geist und Gemüt. Die hiesige Lehrerschaft will den Eltern Gelegenheit geben gute Bücher kennen zu lernen und wird deshalb nächsten Sonntag, den 7. Dezember nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Lehrerzimmer der neuen Schule eine Ausstellung veranstalten, die alle möglichen Arten: nur der besten Bücher, passend für alle Altersklassen, umfassen wird, Bilderbücher für die Kleinen und Gesichtsbücher für die Großen in mäßiger Preislage. — Auch eine reiche Auswahl guter, wirklich künstlerisch ausgeführter Bilder wird vorhanden sein. Wer also seinen Kindern ein gutes Buch schenken oder sein Heim mit künstlerischen Bildern schmücken will, der benutze die dargebotene Veranstaltung zur Bildung des Geistes und Gemütes und lege sich die sehr reichhaltige Ausstellung an. Es wird dem Geschmack und Bedürfnis eines Jeden Rechnung getragen sein.

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung erhält zur Versorgung der Bevölkerung seines Bezirkes nur eine bestimmte verhältnismäßig geringe Menge Weizenmehl. Infolge des seit Anfang November in den Verkehr gebrachten niedriger ausgemahlten Weizenmehls haben sich die Aborderungen solcher Mehles seitens der Verbraucher derart gesteigert, daß der Verbrauch der Zuweisungen erheblich überzogen hat. Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung ist zurzeit außerstande, allen Anforderungen auf Zufuhr von Weizenmehl zu entsprechen, vielmehr gezwungen, vorübergehend zur Hälfte an Stelle von Weizenmehl 75 prozentiges Gersteneiweiß zu liefern. Es wird deshalb in den Kleinhandels- und Vადereizegeschäften vorübergehend auch 75 prozentiges Gersteneiweiß an Stelle von 80 prozentigem Weizenmehl zum Verkauf gelangen. Der Preis für das 2 Pf. geringere als der für Weizenmehl. Da die Anträge des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung auf höhere Belieferung mit Weizenmehl bis jetzt keinen Erfolg gehabt haben, kann 80 prozentiges Weizenmehl auch in Zukunft nur in demselben Umfange den Verbrauchern zugeführt werden, wie früher das 84 prozentige, weniger begehrte Weizenmehl. Die Bevölkerung muß sich damit abfinden, daß das Weizenmehl zwar besser, die zur Verfügung stehende Menge aber nicht größer geworden ist.

Der Bundeskulturrat für den Freistaat Sachsen hat sich dem Reichsministerium gegenüber bereit erklärt, den Verkauf der überzähligen Pferde zu vermitteln. Gesuche um Ueberlassung solcher Pferde sind durch die Amtshauptmannschaften bzw. Stadträte einzureichen. Da die Zahl der verfügbaren Pferde wahrscheinlich sehr viel geringer sein wird

als die Nachfrage, macht es sich notwendig, die Gesuche einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, damit die bedeutendsten Fälle in erster Reihe berücksichtigt werden können. Zur Ueberprüfung dieser Gesuche ist ein Ausschuss beim Bundeskulturrat gebildet worden.

Reihen. Nach einem seit Tagen hier verbreiteten Gerücht soll die Polizei hinter Jüderfahrungen großen Stills gekommen sein und die Beteiligten, unter denen drei bekannte Reihner Geschäftsleute genannt werden, verhaftet worden sein. Das „N. Z.“ hat sich an den Stellen, die davon unterrichtet sein müssen, erkundigt, doch war von der Angelegenheit dort nichts bekannt.

Am Freitag nachmittags ist von der alten Elbbrücke ein junger Mann in die Elbe gesprungen. Es ist ein 21 Jahre alter Handlungsgehilfe aus Dresden, dessen Eltern hier wohnen und der in einem Anfall geistiger Störung den Tod gesucht hat.

Gestohlen worden sind nachts aus einem Schuppen im Grundstück Großenhainer Straße 49 ein Faß mit 300 Litern Benzol und außerdem etwa 170 Liter Benzol aus zwei Fässern und etwa 75 Liter Motoröl im Gesamtwert von 750 Mark. Die Diebe haben ein Vorleschloß aufgesprengt und die gestohlenen Sachen auf einem Kraftfahrzeug weggefahren.

Senftenberg. Viehdiebe brachen unweit Raundorf beim Kolonischen Jant in das Stallgebäude ein und schlachteten ein fast zwei Zentner schweres Schwein ab, ebenso sechs Gänse und eine Anzahl Hühner, bis auf vier, die ihnen entwichen, und entliefen mit ihrem Raube unbefolgt.

Finkenwalde. Auf der hiesigen Eisenbahnstation wurde ein Wagon mit etwa 180 Zentnern Butter, die vom Rheinland nach dem Senftenberger Industriebezirk verschoben werden sollte, beschlagnahmt. Da der Inhalt des Wagons verdächtig erschien, durchsuchte man letzteren und fand darin nicht „Düngemittel“, wie auf dem Frachtbriefe angegeben war, sondern die genannte Buttermenge in großen Rippen verpackt.

Leipzig. Am 27. Oktober wurde in der Universitätsstraße 12 der ledige Agent Emil Ungelenk ermordet aufgefunden. Mit einem Hiegestein war ihm der Schädel eingeschlagen. Der Verdacht lenkte sich auf den Händler Karl Weigelt und die Ehefrau Marie Eichwald. Die Spur der letzteren führte nach Hamburg. Am Montag wurde sie nun am Finkenplatz ermittelt und verhaftet. Sie bekennt jede Schuld, mußte aber schließlich zugeben, daß sie am 22. Okt. abends mit Ungelenk über den Kauf eines Hauses in seiner Wohnung verhandelt habe. Am 23. Oktober will sie nach Stralund gefahren sein. Der Händler Weigelt, der am Sonnabend in Bremen verhaftet wurde, soll sich nach Aussage der Frau am 22. und 23. Oktober in Hamburg aufgehalten haben.

Die Dehammen Leipzigs, die andauernd über schlechte Geschäfte klagen, haben den Rat um Bewährung einer Beschaffungsbeihilfe ersucht. Sie sollen je 500 Mark als Beschaffungsbeihilfe erhalten, der Staat erstattet dazu die Hälfte.

Durch Fälschung von Bohnkartens hat die Kontoristin Klara K., die in einer Fabrik in Rodau angestellt war, innerhalb zweieinhalb Jahren nicht weniger als 28 000 Mk. veruntrent. Sie wurde zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Lichtenstein. Nach mehr als siebenjähriger Abwesenheit kehrte der totgeplante Sohn des hiesigen Stadtrats Pampel, ein Ostafrika-Kämpfer, jetzt unverhofft heim.

Planen. In einer stark besuchten Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der hiesigen Spitzen-, Stiderei- und Konfektionsindustrie gab der Geschäftsführer Jahn des deutschen Textilarbeiterverbandes bekannt, daß der bisherige Lohnsatz unter dem 15. November gekündigt sei und voraussichtlich am 15. Januar 1920 ein neuer Lohnsatz geschaffen sein werde. Der Entwurf wird im Laufe dieser Woche der vogtländischen Fabrikanten-Gemeinschaft unterbreitet werden. Der neue Tarif sieht eine nicht unwesentliche Erhöhung der Löhne vor. Nicht uninteressant war die Mitteilung Jahn's, daß es an guten Arbeitskräften für die Stidereiindustrie fehle.

